Absender Fraktion KIDitiative	Drucksachen-Nr. 656/2005
	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
Fraktion KIDitiative	Hauptausschusses am 06.12.2005

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005 zur Zusammenlegung
1. des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann mit dem Sozialausschuss und
2. des Finanz- und Liegenschaftsausschusses mit Hauptausschuss

Inhalt:

@->

Mit Schreiben vom 14.09.2005 beantragte die Fraktion KIDitiative, die Zusammenlegung

1. des Ausschusses für Gleichstellung von Frau und Mann mit dem Sozialausschuss und
2. des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit dem Hauptausschuss.

Zur Begründung wird angeführt, dass die Zusammenlegung zu einer „schlankeren Verwaltung führt“ und sich hierdurch erhebliche Kosten einsparen lassen.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 29.09.2005 den Antrag zuständigkeitshalber an den Hauptaus-
schuss zur Beratung überwiesen.

(Der Antrag ist beigefügt.)

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Nach Änderung der Kommunalverfassung 1994 wurden mit der endgültigen Umsetzung zur Kommunalwahl 1999 auch die ortsrechtlichen Regelungen dem neuen Kommunalverfassungsrecht angepasst.

Die zeitgleich durchgeführte Neustrukturierung der Verwaltung führte zu einer veränderten Aufgabenbündelung und neuen Verwaltungsgliederung. Unter Berücksichtigung der neuen Aufgabenstruktur wurden die Zahl der Ausschüsse erheblich reduziert und die Zuständigkeiten der Ausschüsse neu definiert. Diese Aufgabenverteilung führte u.a. dazu, dass die Fachgruppe für die Gleichstellung von Frau und Mann durch einen freiwilligen Ratsausschuss ersetzt und die Aufgaben des Finanzausschusses und der Grundstückswirtschaft zusammengeführt wurden.

I.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann befasst sich mit der Umsetzung des verfassungsrechtlichen Gleichstellungsgebots auf kommunaler Ebene. Er ist u.a. zu beteiligen bei allen Fragen der städtischen Frauenpolitik, der Frauenförderung, der Behandlung von frauenrelevanten Themen für Rat und Ausschüsse, wenn spezifische Interessen von Geschlechtergerechtigkeit berührt sind. Die Zuständigkeit des Ausschusses für Gleichstellung von Frau und Mann reduziert sich also nicht nur auf soziale Angelegenheiten, die Frauen betreffen. Die Zusammenlegung mit dem Sozialausschuss würde dem Aufgabenspektrum des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann nicht gerecht. Andererseits würde die Aufgabenvielfalt des Ausschusses die qualifizierte und sachgerechte Diskussion sozialer Themen zeitlich einschränken.

Der Rat hat erst in seiner konstituierenden Sitzung am 14.10.2004 auf ausdrücklichen politischen Wunsch – auch der antragstellenden Fraktion – den Sozialausschuss gebildet. Zur Begründung wurde angeführt, dass die steigende Bedeutung des sozialen Bereichs und die sich aus der zu erwartenden Veränderung des Sozialsystems ergebende gesellschaftliche Herausforderung die Einrichtung eines selbständigen Ausschusses rechtfertige und nicht die Eingliederung der sozialen Aufgaben in ein bestehendes Gremium.

Ob diese Einschätzung zutreffend ist, kann in dem relativ kurzen Zeitraum von einem Jahr (Die konstituierende Sitzung des Sozialausschusses fand am 15.12.2004 statt.) bis heute nicht bewertet werden.

II.

Die Übertragung der Aufgaben des Finanzausschusses auf den Hauptausschuss war in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand der politischen Diskussion. Unter den Abwägung aller Vor- und Nachteile haben Politik und Verwaltung sich 1999 dafür entschieden, von einer Zusammenlegung der Aufgaben des Hauptausschusses und des Finanzausschusses abzusehen, zumal diese auch nur für kleine Gemeinden sachgerecht erscheint und deshalb empfohlen wird.

Im Hinblick darauf, dass der Finanzausschuss neben den Aufgaben des Finanzwesens auch die Funktion des Werksausschusses für den seit 01.01.1999 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung geführten Fachbereich „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ wahrnimmt und die sukzessive Übernahme aller städtischen Immobilien in diesen Bereich schon zu einer Ausweitung der Ausschussarbeit führt, kann eine weitere Aufgabenzusammenfassung z.Zt. nicht empfohlen werden.

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	